

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Drucksache

20.12.2012

Große Anfrage

gem. § 24 Bezirksverwaltungsgesetz
- öffentlich -

der BAbg. Jersch, Jobs, Heilmann, Fraktion Die Linke

Eine Anfrage des Bürgerschaftsabgeordneten Duwe im Sommer diesen Jahres hatte ergeben, dass es einen Antrag auf Förderung von Kohlenwasserstoffen nebst anfallender Gase auch für das Gebiet der FHH gibt. Antragsteller ist in diesem Fall der Ölmulti Exxon.

Auf Nachfragen der Vierländer Journalistin Carin Schomann hat das Landesbergamt wie üblich auf Basis des Bergrechts praktisch jede Auskunft verweigert. Lediglich die Hamburgischen Behörden teilten mit, dass ein entsprechender Antrag für ein Gebiet 'Vierlanden' vorliegt und BSU sowie BWVI eine Stellungnahme abgeben bzw. abgegeben haben.

Allgemein bekannt ist der Umstand, dass die Vorkommen an Erdöl und Erdgas rund um Reitbrook weitestgehend erschöpft sind. Eine erneute Beantragung einer Berechtigung nach §6 BBergG erscheint daher auf Basis der herkömmlichen Fördermethoden fragwürdig und legt den Verdacht nahe, dass es sich um die Vorbereitung zur Anwendung des sog. Frackings handelt.

Aufgrund der hohen Gefahrenlage der Fördermethode, insbesondere für die Trinkwasservorkommen, haben sich bereits mehrere Umlandgemeinden, die vor ähnlichen Situationen standen, gegen das Fracking ausgesprochen.

Wir fragen daher das Bezirksamt:

1. Welche Gebiete im Bezirk Bergedorf sind derzeit nach §6 und §7 BBergG (Erlaubnis- und Bewilligungsfelder und Errichtung der erforderlichen Einrichtungen) genehmigt? Bitte die Gebiete/das Gebiet mit der offiziellen Bezeichnung, der exakten Lage, der Art der bergbaurechtlichen Genehmigung und dem Genehmigungsnehmer aufführen.

2. Ist dem Bezirksamt bekannt, dass ein Antrag auf Förderung von Erdöl bzw. Erdgas in den Vierlanden vorliegt?

Wenn ja:

2.1. Welches Gebiet ist von dem Antrag berührt?

Wenn nein:

2.2. Wird das Bezirksamt in bergbaurechtliche Entscheidungen die das Gebiet des Bezirks Bergedorf betreffen üblicherweise eingebunden?

Wenn ja:

2.2.1. In welcher Form und in welcher Phase des Prozesses findet die Einbindung statt?

Wenn nein:

2.2.2. Ist das Bezirksamt der Meinung, dass eine Einbindung für die Ausübung der Verwaltungstätigkeiten (z.B. Katastrophenschutz) zu begrüßen wäre?

3. Welche Verfahrensschritte sind notwendig, damit ein Genehmigungseigner bei der Förderung das sog. 'Fracking' einsetzen kann? Bitte den Prozess mit den Prozessbeteiligten und der jeweiligen Art der öffentlichen Beteiligung aufführen.

4. Im Rahmen des Antragsverfahrens für das Fördergebiet 'Vierlanden' sind vom Landesbergamt in Hannover (mittelbar oder unmittelbar) die BSU und die BWVI um Stellungnahmen gebeten worden. Zumindest die Stellungnahme der BSU soll der BWVI zugegangen sein. Liegen dem Bezirksamt die Stellungnahmen vor?

Wenn ja:

4.1. Welche Stellungnahmen liegen vor?

4.2. Welchen Inhalt haben die Stellungnahmen und welche Empfehlung geben sie ab?

4.3. Sind die Stellungnahmen öffentlich?

Wenn nein:

4.3.1. Warum nicht?

Wenn nein:

4.4. Wann werden die Stellungnahmen der Öffentlichkeit bzw. dem Bezirksamt zugänglich gemacht?

5. Ist das Bezirksamt der Meinung, dass Rohstoffvorkommen im Bezirk Bergedorf mittels Fracking gefahrlos gefördert werden können?

6. Ist dem Bezirksamt bekannt, dass mehrere Kommunen und Kreise im Umland Bergedorfs sich bereits gegen das 'Fracking' auf ihrem Gebiet ausgesprochen haben?

7. Das Fracking soll erhebliche Gefahren insbesondere für die Trinkwasservorkommen haben. Wird das Bezirksamt sich mit den Umlandgemeinden bzgl. einer gemeinsamen Position zum Fracking abstimmen?

Wenn ja:

7.1. Wann und in welchem Rahmen wird das erfolgen?

Wenn nein:

7.2. Warum nicht?